

11.05.2021

Antrag

der Fraktion der SPD

Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!

I. Ausgangslage

Menschen wachsen im Verlauf ihres Lebens. Manchmal stetig, manchmal in Schüben, manchmal an ihren Aufgaben. Am deutlichsten sieht man das bei unseren Kindern. Jeder neue Schritt, jedes neue Wort ist ein Erlebnis, eine Freude und ein Erfolg. Nicht nur für die Kinder selbst und ihre Eltern, sondern auch für alle Erwachsenen rundum. Und wenn es gut läuft, ist es ein Ansporn, weiter zu lernen, weiter zu wachsen.

Das ist die Natur von uns Menschen. Politik soll nicht vorschreiben, wie schnell und wohin ein Mensch wächst. Aber Politik hat die wichtige Aufgabe, Wachsen zu ermöglichen. Bedingungen zu schaffen, damit Wachsen gelingen kann, wie und wohin jeder Einzelne möchte und kann. Unabhängig von den jeweiligen Voraussetzungen und dem Geldbeutel. Alle Talente zu sehen und zu fördern, Anreize zu setzen und auch Leistung zu fordern. Genauso viel, wie das Kind oder der Erwachsene für sein persönliches Wachstum braucht. Und Hürden auf dem Weg wegzuräumen, neue Anläufe zu ermöglichen und Hilfestellungen zu leisten.

Aber es geht nicht nur um jeden Einzelnen. Es geht auch um uns alle und gemeinsam. Und das ist mehr als Kooperation oder Teamgeist. Für Nordrhein-Westfalen geht es um Zusammenhalt, um Solidarität. Solidarität und Zusammenhalt überall, in der Familie, in der Schule und am Arbeitsplatz. Und das gilt für alle Menschen, so verschieden und speziell sie auch sein mögen. Der Zusammenhalt, den wir erleben, macht uns stark und lässt uns manche Hürden oder Rückschläge überwinden. Denn auch die gehören zum Wachsen dazu.

Und in besonders schwierigen Situationen erleben wir noch mehr; da wachsen Menschen über sich hinaus und schaffen etwas, das ihnen vorher (fast) unmöglich vorkam. Wenn sie zum Beispiel noch im zweiten oder dritten Anlauf einen Schulabschluss nachholen. Oder nach einer Lehre neben der Arbeit noch die Meisterprüfung schaffen.

Dazu wollen wir Chancen eröffnen: für den sozialen Aufstieg der Einzelnen und damit auch für den sozialen Fortschritt unseres Landes. Der soziale Aufstieg darf aber kein Wettbewerb sein, in dem sich jeder selbst überlassen bleibt und bei dem nur die Stärksten gewinnen. Wer Freiheit so versteht, hat Freiheit nicht verstanden.

Es geht uns um gleiche Startchancen für diejenigen, die am Anfang ihres Lebens stehen und um eine Politik der „zweiten Chance“ für diejenigen, die in ihrem Leben Probleme und Schicksalsschläge verarbeiten müssen. Und für jeden Einzelnen die Unterstützung, die er oder sie für die Erreichung ihrer Ziele braucht.

Datum des Originals: 11.05.2021/Ausgegeben: 11.05.2021

So sorgen wir in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft dafür, dass zusammenbleibt, was zusammengehört.

Die Corona-Pandemie hat viele Missstände in der Familien- und Bildungspolitik noch einmal verschärft. Sie hat gezeigt: Familien sind systemrelevant. Wann, wenn nicht jetzt – in einer weltweiten Jahrhundert-Krise und einem nationalen Notstand – wird das Land Nordrhein-Westfalen die Kraft finden, diese Missstände an ihren Wurzeln zu bekämpfen? Die Zeit des Zögerns ist vorbei. Die Zeit der Modellversuche ist abgelaufen. Expertise und Erfahrung ist ausreichend vorhanden. Wir wissen was getan werden kann – und was getan werden muss. Die Zeit des Handelns ist gekommen.

Chancengleichheit für alle Kinder ist keine Utopie. Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, Familieneinkommen oder körperlichen Beeinträchtigungen ist keine Träumerei. Jedes Kind kann werden, was seinen Talenten, Neigungen und Fähigkeiten entspricht: Handwerker oder Ärztin, Unternehmerin oder Wissenschaftler, Verkäufer oder Köchin. Jeder Mensch in jedem Beruf hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit gutem Einkommen und sozialer Sicherheit.

Die Voraussetzung dafür ist eine vorbeugende und vorausschauende Bildungspolitik. Der Sozialstaat darf nicht länger nur ein Reparaturbetrieb sein, der erst im Nachhinein die Folgen unzureichender Bildung, prekärer Lebensverhältnisse und mangelhafter Förderung zu lindern versucht. Diese Versuche sind nicht nur sehr teuer, sind auch zu oft erfolglos. Die Familien- und Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen muss stattdessen auf Prävention und Befähigung setzen. Talente und Fähigkeiten müssen früh entdeckt und gefördert werden, Die Ursachen sozialer Ungleichheit müssen an ihrer Wurzel bekämpft werden. Armut an Bildungs- und Lebenschancen darf sich nicht länger vererben. Ein dichtes Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten wird Familien unterstützen und die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Berufs- und Lebenswege für alle Kinder deutlich erhöhen.

Kinder und Jugendliche können ihre Persönlichkeit einbringen. Altersgerechte Partizipation in allen Belangen und Bildungsinstitutionen, stärkt Kinder und Heranwachsende. Damit ist Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur ein Weg, demokratische Teilhabe von Anfang an zu leben, sondern auch ein wichtiger Bestandteil einer Präventionskette.

Zum erfolgreichen Aufwachsen gehört auch, dass Erwachsene und der Staat die Kinder und Jugendlichen schützt vor physischer und psychischer Gewalt, vor Missbrauch und vor der Beeinträchtigung ihrer Selbstbestimmung und Entwicklung. Dies gilt für das persönliche Lebensumfeld genauso wie für das digitale. Der Schutz vor häuslicher Gewalt unabhängig von Alter und Geschlecht muss gesellschaftliche Aufgabe sein. Wir wollen die Hilfestrukturen vor Ort ausbauen und den Kinderschutz in einem eigenen Gesetz bündeln.

Jedes Kind, das seinen Weg macht, gewinnt für sich und die Gesellschaft. Mit jedem Kind, das wir nicht zurücklassen, gewinnt unsere Wirtschaft einen Facharbeiter, eine Ingenieurin oder einen Unternehmensgründer mehr. Mit jedem Schulabbruch, den wir vermeiden und mit jeder Mutter und jedem Vater, dem wir die Vereinbarung von Familie und Beruf erleichtern, wird Nordrhein-Westfalen nicht nur gerechter, sondern auch wirtschaftlich stärker. Wichtiger noch: Ein weiterer Mensch gewinnt die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Eine erfolgreiche Familien- und Bildungspolitik muss von den Bedürfnissen eines Kindes aus gedacht und umgesetzt werden. Der Weg in ein selbstbestimmtes Leben beginnt in einer Familie, die Kindern Halt und Sicherheit, auch soziale Sicherheit bieten können. Familien brauchen mehr Zeit und sie brauchen mehr Geld. Familienpolitik kann und muss ihnen zu beidem verhelfen.

Darüber hinaus führt der Weg in ein selbstbestimmtes Leben durch ein öffentliches und inklusives Bildungs- und Betreuungssystem, das für Chancengleichheit sorgt. Gute Familienpolitik beginnt bereits vor der Geburt eines Kindes und hört mit der weiterführenden Schule noch nicht auf. Nordrhein-Westfalen braucht sowohl ein Sprungbrett als auch ein Sprungtuch aus Bildungs- und Unterstützungsangeboten, um allen Kindern während ihrer ganzen Bildungskarriere die Chancen zu geben, die sie verdienen. Das Sprungtuch sichert, dass jedes Kind aufgefangen wird und nicht durch das Netz fällt. Das Sprungbrett eröffnet jedem Kind Chancen, seinen Talenten entsprechend gefördert zu werden und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden. Je eher die Nachteile der sozialen Herkunft angegangen werden, desto bessere Lebenschancen eröffnen sich für ein Kind. Wir wollen alle Kinder nach ihren Möglichkeiten fördern. Kinder mit größeren Benachteiligungen brauchen mehr individuelle Förderung als Kinder mit guten Bildungsvoraussetzungen. Schulen und Kitas mit vielen Kindern aus benachteiligten Familien brauchen mehr Personal als andere.

Doch Nordrhein-Westfalen braucht insgesamt eine Ausbau- und Qualitätsoffensive für familienunterstützende Maßnahmen, Kitas und Ganztagschulen. Das Land braucht mehr Plätze und mehr Personal. Ohne gute Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und soziale Sicherheit für Erzieherinnen und Erzieher, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Pädagoginnen und Pädagogen, Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen, Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wird es weder mehr Betreuungsplätze, kleinere Klassen und noch ein besseres Bildungsangebot geben können.

Chancengleichheit und Selbstbestimmung für alle Kinder sind ehrgeizige, aber realistische Ziele, wenn wir sie als politische Priorität behandeln/wenn wir sie wirklich wichtig nehmen. Orientieren wir uns an Ländern, die weiter sind als Nordrhein-Westfalen. Die Corona-Pandemie muss deshalb der Anlass für eine bildungs- und familienpolitische Wende sein. Unser Land muss wieder echte Chancengleichheit wagen. Das Versprechen auf sozialen Aufstieg durch Bildung darf kein leeres Versprechen bleiben. Es ist Zeit für einen sozialen Neustart.

II. Der Landtag stellt fest:

- Eine Politik für Chancengleichheit besteht aus sieben Kernelementen:
 - 1 Der Ausbau von mehr Grundschulen zu Familienzentren, die Bildung und Förderung durch multiprofessionelle Teams an einem Ort vereinen;
 - 2 Bildungslotsinnen und Bildungslotsen, die ein Kind und seine Familie begleiten und beraten;
 - 3 Familienbüros, die alle bürokratischen Angelegenheiten (Elterngeldantrag etc.) in einer Anlaufstelle bündeln;
 - 4 Eine Ausbau- und Qualitätsoffensive für Kitas und Schulen, um zum einen ausreichend Betreuungsplätze an Kitas und Ganztagsgrundschulen zu schaffen und zum anderen ausreichend Zeit und Ressourcen für pädagogische Arbeit sicherzustellen;
 - 5 Eine Personaloffensive, um die angestrebte Betreuungs- und Bildungsqualität durch ausreichendes und multiprofessionelles Personal in den Bildungseinrichtungen auch erreichen zu können;
 - 6 Eine Gerechtigkeitsoffensive mit Hilfe eines einrichtungsscharfen Sozialindex, um Bildungschancen insbesondere dort zu fördern, wo es wenig davon gibt. Regionale Bildungslandschaften sollen die Bildungseinrichtungen vor Ort weiter stärken;
 - 7 Der Erarbeitung eines umfassenden Kinderschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen, das Präventionsnetzwerke über die Frühen Hilfen hinaus etabliert, vergleichbare

Qualitätsstandards ausformuliert, Kinderschutzaspekte in der Aus- und Fortbildung regelt sowie Kinderschutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen festschreibt und dabei eine altersgerechte Partizipation ermöglicht.

- Das erste Element ist ein öffentliches Bildungs- und Betreuungsangebot, das möglichst viele Förder- und Hilfsangebote an einem Ort vereint und koordiniert. Die Angebote müssen flächendeckend, unbürokratisch, unabhängig vom Wohnort oder vom Träger verfügbar sein. Grundschulen werden deshalb zu Familienzentren erweitert, in denen multiprofessionelle Teams entsprechend der Bedürfnisse der Kinder ihre pädagogischen und therapeutischen Leistungen anbieten. So werden Bildung, Betreuung und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien im Quartier aus einer Hand angeboten.

Wo Kitas und Ganztagschulen mit der lokalen Kinder- und Jugendhilfe eng verzahnt werden, lernen Kinder schneller und besser als in getrennten Systemen. Denn nur hier stehen alle Mittel für eine individuelle Förderung ohne Wartezeiten zur Verfügung. Schulische und außerschulische Bildungsangebote greifen ineinander, die Vermittlung von Sachwissen und sozialen Kompetenzen geht Hand in Hand.

- Das zweite Element ist die Begleitung von Familien und Kindern durch Bildungslotsen. Sie vermitteln und koordinieren die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder und Familien. Sie sind die zentralen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die schnelle, vorbeugende und unbürokratische Hilfen für alle versprechen.

Bildungslotsen begleiten Familien und vor allem die Kinder und Jugendlichen ihren ganzen Bildungsweg entlang. Sie stehen als BegleiterInnen und RatgeberInnen den Familien kontinuierlich zur Seite, sollte es Probleme in der Schullaufbahn geben. Dazu zählen Hilfestellungen und die Vermittlung von Beratungsangeboten, z.B. bei Schulmüdigkeit oder gesundheitlichen und psychologischen Problemen.

Bildungslotsen versuchen, Schulabbrüche aus diesen Gründen aktiv zu verhindern und den Jugendlichen die Unterstützung zu geben, die diese benötigen. Eine Lernoffensive im 21. Jahrhundert muss gleichwohl sicherstellen, dass Schulmüdigkeit der Vergangenheit angehört. Bildungsinhalte sollten im breiten gesellschaftlichen Konsens erarbeitet werden. Dabei gehören wissenschaftliche Erkenntnisse genauso berücksichtigt wie die einfache Erkenntnis: Kein Jugendlicher soll die Schule ohne Abschluss beenden. Bis das soweit ist, werden die Bildungslotsen in diesen schwierigen Phasen Orientierung bieten und den Schülerinnen und Schülern helfen, den Anschluss wieder zu finden. Das schließt eine Begleitung bei der Auswahl von Praktika, Ausbildungen oder Studienfächern mit ein. Kein Abschluss ohne Anschluss bleibt das Ziel des Landes.

- Das dritte Element ist die flächendeckende Einrichtung von Familienbüros in den Kommunen. Dort werden die familienpolitischen Angebote der Stadt gebündelt und Familien beim Ausfüllen und Stellen von Anträgen unterstützt.
- Das vierte Element ist eine Ausbau- und Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten und Schulen. Eine Ausbauoffensive für Betreuungsplätze und den Ganztags an Schulen ist notwendig, weil es zum einen in Nordrhein-Westfalen weder ausreichend Kitas noch OGS-Plätze gibt. Zum anderen verlangt die individuelle Förderung von Kindern schlicht mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit dem einzelnen Kind. Auch deshalb ist ein neues Kita-Zukunftsgesetz und ein Ganztagsgesetz unverzichtbar und der Ausbau der Ganztagsangebote von enormer Bedeutung. Die Erzieherinnen und

Erzieher in den Kitas und die multiprofessionellen Teams in den zu Familienzentren erweiterten Grundschulen brauchen mehr Zeit für ihre wichtigen Aufgaben der Bildung, Betreuung und Erziehung.

Zur Ausbau- und Qualitätsoffensive für Kitas und Schulen gehören somit verbesserte Personalschlüssel und Qualitätsstandards, eine auskömmliche Finanzierung sowie Investitionen in Gebäude und Ausstattung. Die bauliche Infrastruktur und der Schulbau müssen hier ganzheitlich gedacht werden für alle Lebensphasen im Quartier. Dafür braucht es eine Finanzierungsoffensive. Hierzu gehört auch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf den Ganztag. Die Corona-Pandemie hat ferner deutlich gemacht, wie groß der Bedarf für eine gute digitale Ausstattung ist. Für öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäude, aber auch für außerschulische Lernorte, Bildungsstätten und Jugendtreffs braucht es eine Digitalisierungsoffensive. Neben einer guten räumlichen Ausstattung ist auch die Schulung des Personals wichtig, die Kinder und Jugendliche zu kompetenten Nutzerinnen und Nutzern digitaler Medien anleiten sollen.

- Das fünfte Element ist eine Personaloffensive. Ohne ausreichend Personal – gut ausgebildet, gut bezahlt, sozial abgesichert - läuft jede Ausbau- und Qualitätsoffensive ins Leere. Chancengleichheit für jedes Kind gibt es nur mit deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Kinderpflegerinnen und Pflägern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Pädagoginnen und Pädagogen, Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Therapeutinnen und Therapeuten. Die Ausbildung für Personal in der frühkindlichen Bildung muss vergütet werden, die Fort- und Weiterbildung verbessert und ausgebaut werden. Im schulischen Bereich gilt es im Ganztagsbereich eine Verlässlichkeit für das Personal zu gewährleisten. Hierfür müssen Reglementierungen auf eine bestimmte Stundenzahl aufgehoben werden und die Möglichkeit, auf volle Stellen aufzustocken, eröffnet werden. Im Sinne der Verlässlichkeit müssen Stellen entfristet werden und der Seiteneinstieg im Ganztag und über alle Schulformen hinweg erleichtert und attraktiver gemacht werden. Insbesondere die Anerkennung von Berufserfahrungen muss überarbeitet werden. Alltagshelferinnen und Alltagselfer können an Kitas und Ganztagsgrundschulen eine Unterstützung darstellen, wenn sichergestellt ist, dass ihr Einsatz zusätzlich erfolgt und ihnen eine Weiterqualifizierungsperspektive eröffnet wird. Für das gesamte Personal bedarf es einer Chance auf beruflichen Aufstieg. Ferner gilt für alle grundständig ausgebildeten Lehrkräfte für alle Lehrämter eine Vergütung nach A 13.
- Das sechste Element ist eine Gerechtigkeitsoffensive mit Hilfe eines einrichtungsscharfen Sozialindex für die Zuteilung von Personal und Geld. Das Land muss zuerst dort für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen, wo es am Wenigsten davon gibt. Es gelten die Maximen „Ungleiches ungleich behandeln“ und „Löschen, wo es brennt!“ Der Bedarf vor Ort entscheidet über zu ergreifende Maßnahmen und über die Verteilung von Ressourcen. Familienzentren müssen vor allem in Kommunen und Quartieren errichtet werden, die besonders stark von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind. Kitas werden dort benötigt, wo besonders viele Kinder aufwachsen und die Armut überdurchschnittlich hoch ist. Das gleiche gilt für zusätzliche Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams. Für die Verteilung von Geld und Personal muss ein Sozialindex mit eindeutigen Indikatoren eingeführt werden, damit das Land jenen Bildungseinrichtungen zuerst helfen kann, die diese Hilfe besonders dringend benötigen.

- Das siebte Element ist das Schaffen von starken Strukturen für den Kinderschutz durch ein Kinderschutzgesetz, das Qualitätsstandards verbessert und den Ausbau von Präventionsnetzwerken voranbringt, flankiert durch die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten gemeinsam mit den Kindern in den Einrichtungen und Institutionen und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Darüber hinaus bedarf es endlich einer Stärkung altersgerechter Partizipationsmöglichkeiten. Gesetzentwürfe sollten einem Kinder- und Jugendcheck unterzogen werden.
- Familien brauchen mehr Zeit und sie brauchen mehr Geld. Kinder und Jugendliche sollten in Familien aufwachsen, in denen sie Liebe, Zuwendung und Sicherheit erfahren. Ein Aufwachsen in Armut und (sozialer) Unsicherheit ist eines der höchsten Hindernisse auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Aber auch oberhalb der Armutsschwelle, in der Mitte der Gesellschaft, leiden Familien unter schweren finanziellen Belastungen und einem Mangel an Zeit. Bundes- und Landespolitik können und sollen durch verbesserte Regeln und Leistungen für Entlastung sorgen und damit gelingendes Familienleben und Aufwachsen in den Mittelpunkt stellen.
 - Das Land muss erstens bundespolitische Initiativen unterstützen, die eine auskömmliche Kindergrundsicherung zum Ziel haben, um eine steuerliche Entlastung von Familien anzustreben sowie die Einführung einer Familienarbeitszeit zu unterstützen. Auch ein Recht auf Homeoffice kann Familien unterstützen, da so die Anfahrtszeiten zur Arbeit an bestimmten Tagen entfallen und mehr Freiräume geschaffen werden.
 - Das Land selbst kann und muss Familien durch die Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren, die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit vom Zirkel bis zum digitalen Endgerät sowie durch ein kostenfreies Kinder- und Jugendticket entlasten. Hinzu kommen Entlastungsmöglichkeiten durch einen kostenfreien Zugang zu Bibliotheken und Sportvereinen.
 - Ein qualitätsvolles gesundes und im Rahmen des Sozialindex auch kostenloses Mittagessen ist für die gesundheitliche Entwicklung unserer Kinder sehr wichtig. Eine ausgewogene Ernährung ist die beste Basis für konzentriertes Lernen und für ein gesundes Leben. Deshalb brauchen wir im Rahmen des Sozialindex auch eine kostenlose Mittagsverpflegung in den Bildungseinrichtungen nach Standard der Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE).
 - Haushaltsnahe Dienstleistungen verhelfen Familien zu mehr Zeit. Sie können Familien in ihrem Alltag entlasten und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Die dadurch frei gewordene Zeit kann flexibler für die individuellen Bedürfnisse von Familien verwendet werden. Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen können beispielsweise Unterstützungsangebote für die Arbeiten im Haushalt darstellen.
 - Trotz eines hohen Frauenanteils im Öffentlichen Dienst stellt sich die Verteilung innerhalb der einzelnen Laufbahngruppen sehr unterschiedlich dar. Auf sehr gute Einstiegschancen folgen leider schlechte Aufstiegschancen für Frauen.
- Wo Kinder sind, ist Zukunft. Sozialraum und Familie spielen im Aufwachsen der Kinder eine wichtige Rolle. Kinder brauchen andere Menschen, die Verantwortung für sie übernehmen. Diese Menschen bilden zusammen eine Familie. Und die kann so vielfältig sein wie NRW: Zwei-Elternmodelle, getrennt oder alleinerziehend, Patchwork oder Regenbogen. Familie ist mehr als Eltern-Kind, Familie ist auch im Sozialraum, alle gemeinsam sorgen für das Wohlergehen der Kinder.

- Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig der Zusammenhang von Wohnraum und Zufriedenheit für Familien ist. Auf der anderen Seite ist es für Familien immer schwieriger, geeigneten Wohnraum zu bekommen. Wenn fünfköpfige Familien auf 70 m² leben müssen, dann sind Distanzlernen, Homeoffice und Kitaschließungen für diese Familien ein absoluter Alptraum. Deshalb muss die soziale Wohnraumförderung des Landes große Wohnungen noch viel stärker fördern. Aber auch ohne Pandemie ist das Leben als Familie auf engstem Raum eine Herausforderung.
 - Wie auch bei der Wohnungssuche gestaltet sich Elternschaft in der Arbeitswelt oft herausfordernd. Um Eltern bei der Rückkehr aus der Elternzeit oder auch bei allen weiteren Chancen ihrer beruflichen Planung Sicherheit zu geben, muss Elternschaft in das Allgemeine Gleichstellungsgesetz aufgenommen werden. Nur so kann rechtlich gegen Diskriminierung von (jungen) Eltern vorgegangen werden.
- Wir wollen eine Bildungsoffensive starten. An den Abschlussbericht der Johannes Rau Kommission „Schule der Zukunft“ anknüpfend, wollen wir mit den Menschen in NRW die Bildungsinhalte (Lernoffensive) und die Bildungsfinanzierung (Finanzierungsoffensive), die auch die Neuregelung der inneren und äußeren Schulangelegenheiten in den Blick nimmt, grundsätzlich neu aufstellen.

III. Der Landtag beschließt,

- ein Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ zu starten.
Dieses enthält:
 - Das Modell der erfolgreichen Familienzentren an den Kitas auf die Grundschulen auszuweiten
 - Bildungslotsinnen und Bildungslotsen einzustellen, die Familien und vor allem die Kinder und Jugendlichen ihren ganzen Bildungsweg lang begleiten.
 - Familienbüros in den Kommunen einzurichten. Diese sind zentrale Anlaufstellen für Familien, sei es zum Ausfüllen von Anträgen oder als Austauschstelle. Familienbüros sind im Sozialraum bekannt und kennen die Familien vor Ort. Bei ihnen sind Präventions- und Bildungsketten angesiedelt.
 - Eine Gerechtigkeitsoffensive für Kitas und Schulen zu starten. Mit Hilfe eines einrichtungsscharfen Sozialindex mehr Personal- und Finanzmittel für Einrichtungen mit vielen Kindern aus benachteiligten Familien zur Verfügung stellen
 - Ein Kita-Zukunftsgesetz, das durch verbesserte Personalschlüssel Qualität ausbaut, mehr pädagogische Zeit mit den Kindern ermöglicht und den Platzausbau voranbringt.
 - Eine Ganztagsoffensive starten, in deren Mittelpunkt die Ausarbeitung eines Ganztagsgesetzes im Schul- und Jugendhilfegesetz steht, das einheitliche Standards, Qualität und Räume umfasst sowie die Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab 2025.
 - Ein umfassendes Gesetz für den Kinderschutz zu erarbeiten, das Qualitätsstandards verbessert, Schutzkonzepte verbindlich macht und den Ausbau von Präventionsnetzwerken voranbringt.
- eine Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ zu starten.
Dazu gehört:
 - im Bildungsbereich prekäre Beschäftigung zu verhindern, Aufstieg aller Berufsgruppen zu ermöglichen und Berufserfahrung mehr anzuerkennen. Deshalb braucht es eine beamten- und tarifrechtliche Aufwertung, die in Zukunft in einem verbindlichen

- Tarifvertrag für alle Bildungsberufe von den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern bis zu den Professorinnen und Professoren münden kann.
- Aufstiegschancen zu eröffnen: gezielte Aus- und Fortbildungsangebote für Kinderschutz, Inklusion und Digitalisierung müssen integraler Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Praktikerinnen und Praktiker sein, um dem Personalmangel zu begegnen. Interessierten und qualifizierten Menschen den Seiteneinstieg in Schulen zu eröffnen
 - befristete Stellen zu entfristen
 - A 13 auf alle Lehrämter zu übertragen
 - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ganzttag müssen volle und unbefristete Stellen erhalten können
 - vergütete Ausbildung für Personal in der frühkindlichen Bildung (PiA für Erzieherinnen und Erzieher und Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger)
 - für die Schulsozialarbeit müssen schnellstmöglich verbindliche Standards erarbeitet und die Finanzierung gesichert werden. In der frühkindlichen und schulischen Bildung darf niemand in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten.
- ein Zukunftsprogramm „Mehr Geld für die Familie“ zu starten.
Dieses enthält:
 - ein Kita-Zukunftsgesetz mit umfassender Beitragsfreiheit für die frühkindliche Bildung und ein kostenfreies Mittagessen zu entwickeln
 - ein Ganzttagsgesetz mit umfassender Gebührenfreiheit in der Schule und kostenfreies Mittagessen (OGS) zu entwickeln
 - ein landesweites kostenfreies Kinder- und Jugendticket, um Kindern und Jugendlichen Freiraum in der Entwicklung zu geben
 - die Lernmittelfreiheit vom Zirkel bis zum digitalen Endgerät auszuweiten
 - ein Jahr Mitgliedschaft in einem Sportverein und/ oder in der Jugendverbandsarbeit, um besonders nach der Zeit der Pandemie eine Anschubhilfe für die Arbeit in den Vereinen mit Kindern und Jugendlichen zu bieten.
 - jedem Kind das Erlernen eines Musikinstruments zu ermöglichen
 - ein kostenfreier Zugang für Kinder zu Bibliotheken
 - ein Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen“ zu entwickeln
Dieses enthält:
 - das Einführen von Familienarbeitszeitmodellen, um Eltern von Kindern unter 10 Jahren durch vollzeitnahe Teilzeit eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen. Dafür soll ein staatlicher Lohnausgleich eine Reduzierung der Arbeitszeit um 20 Prozent für beide Eltern ermöglichen.
 - die Einführung einer bezahlten Elternfreistellung nach der Geburt eines Kindes als Anerkennung der wichtigen Phase am Anfang des Lebens und der Unterstützung im Wochenbett.
 - ein Geschlechtergerechtigkeit durch eine Reform des Dienstrechtes im Öffentlichen Dienst zu initiieren und dabei eine Neubewertung der Beurteilungsrichtlinien voranzutreiben, damit sich die Merkmale Geschlecht, Elternschaft und Beschäftigungsumfang nicht negativ auf Beförderungschancen auswirken.
 - ein Modellprojekt haushaltsnaher Dienstleistungen für Familien, die ihre Erwerbstätigkeit partnerschaftlich aufteilen, aufzulegen
 - das Recht auf Homeoffice zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Pflege von Angehörigen festzuschreiben

- eine Ausbauoffensive für Kitaplätze und eine Ganztagsoffensive für Schulen, damit Bildungschancen ermöglicht und Familien ihr Wunsch- und Wahlrecht wahrnehmen können.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Eva-Maria Voigt-Küppers
Regina Kopp-Herr
Jochen Ott
Dr. Dennis Maelzer
Anja Butschkau

und Fraktion